

Die Umfasssteuer im Reichstag.

189. Sitzung. Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 3 Uhr.
Am Bundespräsident: Graf Nothmann.

Die zweite Lesung der Steuerprojekte wird fortgesetzt bei dem Umfassungssteuer.
Der Reichstag hat bei der Behandlung der Beschlüsse der ersten Lesung beschlossen, die Beschlüsse der Kommission über die Umfassungssteuer mit den Beschlüssen der Kommission über die Umfassungssteuer zu verbinden. Die Steuer auf Luxusgegenstände hat die Wirkung in der ersten Lesung auf 20 Proz. erhöht, in der zweiten wieder auf 10 Proz. herabgesetzt. Von der Umfassungssteuer wird betroffen sind folgende Beschlüsse: Die Beschlüsse über die Umfassungssteuer auf landwirtschaftliche Produkte, die Beschlüsse über die Umfassungssteuer auf landwirtschaftliche Produkte, die Beschlüsse über die Umfassungssteuer auf landwirtschaftliche Produkte.

Die Beratung beginnt bei § 1, der festsetzt, daß der Umfassungssteuer die im Hinblick auf die Einkommen und Vermögen der Steuerpflichtigen unterliegenden, die eine feststehende gewöhnliche Einkünfte ausüben.

Abg. Marell (Soz.): Es handelt sich hier um die Einkünfte der neuen Steuern, unter der gerade die in der Mitte stehenden Schichten außerordentlich zu leiden haben werden. Um den Ausnahmen von der Steuer bitten wir dringend, auch die Steuern aufzukündigen, die den Steuerpflichtigen in der ersten Lesung auf 20 Proz. erhöht sind.

Abg. Braun (Soz.): Meine politischen Freunde sind an und für sich einem Verbrauchs- und Verteilungsmonopol nicht abgeneigt, halten es vielmehr für ein erstrebenswertes Ziel. Aber das Brennweinmonopol bringt den Verbrauchern eine unangenehme Belastung des Gewinns, des gewöhnlichen Lebens, Entfremdung der Kaufkraft, Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse.

Abg. Stöckel (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert. Ich würde mich freuen, wenn die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert. Ich würde mich freuen, wenn die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Weismann (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert. Ich würde mich freuen, wenn die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert. Ich würde mich freuen, wenn die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert. Ich würde mich freuen, wenn die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert. Ich würde mich freuen, wenn die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert. Ich würde mich freuen, wenn die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert. Ich würde mich freuen, wenn die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert. Ich würde mich freuen, wenn die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert. Ich würde mich freuen, wenn die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert. Ich würde mich freuen, wenn die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Das Reich (Soz.) tritt für den Fortschritt der Kommission an. Das Reich (Soz.) tritt für den Fortschritt der Kommission an. Das Reich (Soz.) tritt für den Fortschritt der Kommission an.

Abg. Stöckel (Soz.) spricht für die Umfassungssteuer. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Stöckel (Soz.), Dr. Kund (Soz.), Warmuth (D. Fraktion), Reichen (II. Soz.) wird der Antrag Reichen angenommen.

Das Gesetz soll mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft treten. Abg. Reichen (II. Soz.) begründet einen Antrag, das Gesetz soll mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft zu setzen.

Das Gesetz über die Umfassungssteuer wird beschloßlos angenommen, ebenso das Gesetz über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes.

Die Beratung über die Umfassungssteuer wird beschloßlos angenommen, ebenso das Gesetz über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes.

Abg. Braun (Soz.): Meine politischen Freunde sind an und für sich einem Verbrauchs- und Verteilungsmonopol nicht abgeneigt, halten es vielmehr für ein erstrebenswertes Ziel.

Abg. Stöckel (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Weismann (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Abg. Völkner (Soz.): Ich habe den Eindruck, daß die Umfassungssteuer die Einkünfte der Steuerpflichtigen zu erhöhen tendiert.

Oesterreichischer Heeresbericht.

Wien, 11. Juli. (Mitteilg.) Nach dem letzten Kriegsjahre hat die österreichische Armee eine Reihe von Veränderungen durchlaufen.

In Albanien haben sich unsere Truppen in der neuen Militärkavallerie eingeleitet. Eine im Dezember 1921 beschlossene französische Kompanie wurde abgezogen.

Die Besetzung der Truppen auf 10. Juli. Die Besetzung der Truppen auf 10. Juli. Die Besetzung der Truppen auf 10. Juli.

Der Krieg zur See.

Berlin, 11. Juli. (Mitteilg.) Das deutsche U-Boot-Kriegsschiff U-100 hat am 10. Juli ein französisches Dampfschiff versenkt.

Stockholmer Socialdemokraten zum Moskauer Gefandtenmord.

Nach dem Mord an dem deutschen Gesandten in Moskau nimmt Stockholm Socialdemokraten zum Anlass wütender entsetzlicher Angriffe auf Deutschland. Er nennt das Attentat ein Signal: es sei die Revolution gegen Deutschland, die jetzt auch in Großrußland beginnt.

Die Revolution gegen Deutschland, die jetzt auch in Großrußland beginnt. Die Revolution gegen Deutschland, die jetzt auch in Großrußland beginnt.

Die Revolution gegen Deutschland, die jetzt auch in Großrußland beginnt. Die Revolution gegen Deutschland, die jetzt auch in Großrußland beginnt.

Zur Lage in Rußland.

Die Besetzung des Reichstages sollte gerächt werden. Die Besetzung des Reichstages sollte gerächt werden.

Weitere Todesurteile des Volkstribunals. Weitere Todesurteile des Volkstribunals.

Seminale geschlossen. Seminare geschlossen.

Die russische Sowjetregierung für die Sowjetregierung. Die russische Sowjetregierung für die Sowjetregierung.

Der linke Flügel der Sozialrevolutionäre und Graf Mirbach.

Das Organ der Petersburger Linken der Sozialrevolutionäre Graf Mirbach protestiert in einer offiziellen Note gegen die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre.

Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre. Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre.

Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre. Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre.

Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre. Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre.

Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre. Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre.

Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre. Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre.

Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre. Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre.

Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre. Die Besetzung des Reichstages durch die Sozialrevolutionäre.

Die Kriegsziele der französischen Rechtssozialisten.

Dr. Franz Albrecht (Das freie Frankreich), das Organ der 40 Abgeordneten, die unter Leitung von Bazaine, Thomas und Compere-Morel stehen, hat am 1. Juli seine erste Nummer erscheinen lassen. In seinem Programmziel vertritt er den Standpunkt, Frieden sei das höchste Ziel, die Befreiung der Besetzten und die Wiederherstellung eines demokratischen Frankreichs. Er fordert die Abschaffung der Monarchie und die Einführung der Demokratie.

Die französischen Eisenbahner und die Kriegspolitik.

Am 29. Juni trat in Paris der Kongress der französischen Eisenbahner zusammen, um sich mit der Stellung des Gewerkschaftsbundes (C. O. L.) zum Krieg und mit Vorschlägen zu beschäftigen. Es waren 829 Delegierte anwesend, die 146 000 organisierte Arbeiter vertreten. Infolge der Bewegung für Lernerregung waren nur 200 000 in der Lage die Versammlung zu besuchen. Die Tagesordnung umfasste: 1. Die Opposition gegen die patriotische Stellung des Gewerkschaftsbundes war allgemein. Der erste Redner G. Aubert sagte über die Kriegspolitik des Bundes und brandmarkte die imperialistischen Ziele, die der Regierungsrat verfolgen, sowie die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung. Er schlug eine Reihe mit dem Vorlesen eines Entwerfes, der die Stellung des Bundes beurteilt und einen Verdrängungsplan billigt. Der Delegierte C. A. L. hat die Verhandlungen geleitet. Am 30. Juni wurde die Verhandlung über die Kriegspolitik geschlossen. Am 1. Juli wurde die Tagesordnung fortgesetzt. Die Opposition gegen die patriotische Stellung des Gewerkschaftsbundes war allgemein. Der erste Redner G. Aubert sagte über die Kriegspolitik des Bundes und brandmarkte die imperialistischen Ziele, die der Regierungsrat verfolgen, sowie die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung. Er schlug eine Reihe mit dem Vorlesen eines Entwerfes, der die Stellung des Bundes beurteilt und einen Verdrängungsplan billigt. Der Delegierte C. A. L. hat die Verhandlungen geleitet.

Das Kriessgrab der Kolbau.

Wien, 11. Juli. Die Reichspost meldet aus Bukarest, die unabhängige Presse schreibt über die Verhandlungen im deutschen Kriessgrab in Kriessgraben. Die Presse schreibt über die Verhandlungen im deutschen Kriessgrab in Kriessgraben. Die Presse schreibt über die Verhandlungen im deutschen Kriessgrab in Kriessgraben. Die Presse schreibt über die Verhandlungen im deutschen Kriessgrab in Kriessgraben.

Der amerikanische Senat gegen Amerikas Geheimpolitik.

Die bereits berichtet wurde, hat Senator Borah im amerikanischen Senat den Antrag gestellt, daß von nun ab die Geheimhaltungen über abzuschließende Verträge der Vereinigten Staaten öffentlich stattfinden, wenn nicht eine Staatsinteressenpolitik Geheimhaltung verlangt. Auf Grund dieses Antrages wurden die Verhandlungen über die Geheimhaltungen der Vereinigten Staaten mit ausländischen Mächten im Senat geheim behandelt. Senator Borah sagte seinen Antrag auf die Bekämpfung der Geheimhaltung im Namen der Öffentlichkeit an. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Senator Borah sagte seinen Antrag auf die Bekämpfung der Geheimhaltung im Namen der Öffentlichkeit an. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Englands Boykott Deutschlands in der Wollproduktion.

London, 11. Juli. In einer Rede in Leeds sagte Sir John Lubbock, der als Vertreter Englands der Reichsregierung gegenüber steht, daß der Boykott Deutschlands in der Wollproduktion ein wichtiger Schritt sei, um die Wollindustrie in England zu unterstützen. Er forderte die Regierung auf, die Wollproduktion in Deutschland zu boykottieren, um die Wollindustrie in England zu unterstützen.

Wieder eine englische Verlesung neutralen Gebietes.

Genä, 11. Juli. Das Korrespondenzbüro meldet aus Genä, daß ein amerikanisches U-Bootboot am 11. Juli vor der Küste von Genä ein amerikanisches U-Bootboot angegriffen hat. Das Korrespondenzbüro meldet aus Genä, daß ein amerikanisches U-Bootboot am 11. Juli vor der Küste von Genä ein amerikanisches U-Bootboot angegriffen hat.

Deutscher Heeresbericht vom 11. Juli.

Das große Kavalleriekorps, das 11. Juli (Waffen) mit. Das große Kavalleriekorps, das 11. Juli (Waffen) mit. Das große Kavalleriekorps, das 11. Juli (Waffen) mit. Das große Kavalleriekorps, das 11. Juli (Waffen) mit.

Waffenherstellung bei den Bombenherden.

Die Bombenherden bei den Bombenherden. Die Bombenherden bei den Bombenherden. Die Bombenherden bei den Bombenherden. Die Bombenherden bei den Bombenherden.

Kriegsallerteil.

Paris, 11. Juli. (Paris). Der Kallationshof hat die Rechtsprechung über den Bonnet-Rouge-Prozess beurteilt. Der Kallationshof hat die Rechtsprechung über den Bonnet-Rouge-Prozess beurteilt. Der Kallationshof hat die Rechtsprechung über den Bonnet-Rouge-Prozess beurteilt.

Die abgelehnte Wahlrechtsvorlage.

Das allgemeine Wahlrecht wurde am Donnerstag die allgemeine Wahlrecht wurde am Donnerstag die allgemeine Wahlrecht wurde am Donnerstag die allgemeine Wahlrecht wurde am Donnerstag. Das allgemeine Wahlrecht wurde am Donnerstag die allgemeine Wahlrecht wurde am Donnerstag die allgemeine Wahlrecht wurde am Donnerstag die allgemeine Wahlrecht wurde am Donnerstag.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Wahlrecht und Volkswirtschaft. Wahlrecht und Volkswirtschaft. Wahlrecht und Volkswirtschaft. Wahlrecht und Volkswirtschaft. Wahlrecht und Volkswirtschaft. Wahlrecht und Volkswirtschaft.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Wahlreform. Die ungarische Wahlreform. Die ungarische Wahlreform. Die ungarische Wahlreform. Die ungarische Wahlreform.

Dänemark.

Demonstrationen gegen Soldatenmishandlungen. Demonstrationen gegen Soldatenmishandlungen. Demonstrationen gegen Soldatenmishandlungen. Demonstrationen gegen Soldatenmishandlungen. Demonstrationen gegen Soldatenmishandlungen.

Aus der Partei.

Helma Steinbach. Helma Steinbach. Helma Steinbach. Helma Steinbach. Helma Steinbach. Helma Steinbach. Helma Steinbach. Helma Steinbach.

Soziales.

Richtlinien der künftigen Sozialpolitik. Richtlinien der künftigen Sozialpolitik. Richtlinien der künftigen Sozialpolitik. Richtlinien der künftigen Sozialpolitik. Richtlinien der künftigen Sozialpolitik. Richtlinien der künftigen Sozialpolitik. Richtlinien der künftigen Sozialpolitik. Richtlinien der künftigen Sozialpolitik.

Das Internationale Arbeitsamt in Basel.

Am 18. Juni tagte die Schweizerische Regierung zur Vorbereitung des Internationalen Arbeitsamtes in Basel. Am 18. Juni tagte die Schweizerische Regierung zur Vorbereitung des Internationalen Arbeitsamtes in Basel. Am 18. Juni tagte die Schweizerische Regierung zur Vorbereitung des Internationalen Arbeitsamtes in Basel.

Arbeitslosenfürsorge in der Schweiz.

J. R. Der von Bundesrat eingeleitete Arbeitslosenfürsorgegesetz. J. R. Der von Bundesrat eingeleitete Arbeitslosenfürsorgegesetz. J. R. Der von Bundesrat eingeleitete Arbeitslosenfürsorgegesetz. J. R. Der von Bundesrat eingeleitete Arbeitslosenfürsorgegesetz. J. R. Der von Bundesrat eingeleitete Arbeitslosenfürsorgegesetz.

Gewerkschaftliches.

Einkung im Metallarbeiterstreik in Winterthur. Einkung im Metallarbeiterstreik in Winterthur. Einkung im Metallarbeiterstreik in Winterthur. Einkung im Metallarbeiterstreik in Winterthur. Einkung im Metallarbeiterstreik in Winterthur.

Aus der Welt.

Zwei Vergleiche geteilt. Zwei Vergleiche geteilt. Zwei Vergleiche geteilt. Zwei Vergleiche geteilt. Zwei Vergleiche geteilt.

Städtischer Abraummittelverkauf.

Wien. Von Sonnabend an soll Markt 207 des Warenbezugs. Wien. Von Sonnabend an soll Markt 207 des Warenbezugs. Wien. Von Sonnabend an soll Markt 207 des Warenbezugs. Wien. Von Sonnabend an soll Markt 207 des Warenbezugs.

Die preussische Verfassungsreform.

III. Der Vorschlag über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

Nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses ist wohlberechtigt jeder Bürger, der mindestens 25 Jahre alt und seit mindestens drei Jahren staatsangehörig ist, in der preussischen Gemeinde, in der er seit zwei Jahren seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, tritt der Wahlberechtigte an die Stelle der Gemeinden. Ausschließen von der Wahlberechtigung sind neben denjenigen Personen, die einmündig oder in Konflikt sind, oder Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln während des letzten Jahres erhalten haben, auch diejenigen, die zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder wegen eines Verbrechens oder eines Verwehrens, das die Wahrung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, auf einer Gefängnisstrafe von mindestens sechs Monaten rechtskräftig verurteilt worden sind. Der Ausschluss dauert bis zum Ablauf von fünf Jahren seit dem Tage, an dem die Strafe verhängt, verjährt oder erloschen ist, falls nicht der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf eine längere Dauer ausgebrochen ist. Ferner haben kein Wahlrecht diejenigen, die bei Abschlüssen der Wählerlisten ihre rechtserhebliche Wohnung für die beiden letzten Rechnungsabläufe nicht angegeben und nicht gestanden direkten Staats- oder Gemeindefunktionen ganz oder teilweise nicht besetzt haben. Das Wahlrecht selbst ist wie folgt geregelt: Neben der Grundstimme, die jeder Wähler hat, erhält je eine Zusatzstimme:

1. wer mindestens 50 Jahre alt ist,
2. wer entweder
 - a) in Land- oder Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Bergbau, Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel, Verkehr oder in freien Berufen selbstständig oder als leitender Beamter oder sonstiger Geschäftsführer, vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet, seit mindestens einem Jahre tätig ist oder mindestens 20 Jahre tätig gewesen ist, oder
 - b) wer mehr als 10 Jahre einjähriglich der Militärdienstzeit vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet, im Reichs-, Staats-, Kommunal-, Kirchen- oder Schuldienst kaufmännisch tätig ist oder gewesen ist und nicht straf-, ehren- oder disziplinargerichtlich aus dem Amte entfernt worden ist, oder
 - c) wer mehr als 10 Jahre, vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet, in einer deutschen Körperschaft des öffentlichen Rechts oder in ihrer Vertretung oder Vertretung ehrenamtlich oder als fest angestellter Beamter tätig ist oder gewesen ist und nicht straf-, ehren- oder disziplinargerichtlich aus dem Amte entfernt worden ist, oder
 - d) wer mehr als 10 Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet, in Land- oder Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Bergbau, Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel, Verkehr, im öffentlichen Dienste oder in freien Berufen als nicht leitender Angestellter in geborener Stelle tätig ist. Als solche gelten alle Angestellten im Sinne des Reichsversicherungsgesetzes für Angestellte ohne Rücksicht auf die in diesem Gesetz festgesetzte Gehaltsgrenze, oder 25.
 - e) wer mehr als 10 Jahre, vom 25. Lebensjahre an gerechnet, in öffentlichen gemeinnützigen oder privaten Betrieben als Arbeiter, Vorarbeiter oder Meisterrührer tätig ist und regelmäßig die Aufsicht über mindestens fünf Arbeiter führt.

Was den weiteren Beschaffenheit des Wahlrechts die Festlegung der Wahlkreise und die Einführung sogenannter gewählter Wahlkreise. Die Wahl der Abgeordneten selbst erfolgt nicht mehr mittelbar, sondern unmittelbar. Wähler ist jeder Bürger, der mindestens 30 Jahre alt, seit mindestens drei Jahren staatsangehörig und nicht von der Wahlberechtigung ausgeschlossen ist. Die Wahl ist geheim. Gewählt wird mit veredelten Stimmzetteln. Wählende können sich weder vertreten lassen noch sonst an der Wahl beteiligen. Jeder Wähler muß jedoch Stimmzettel abgeben, als ihm Stimmen aufgeben. Entscheidend ist, obgehört von den Fällen, in denen die Wahlberechtigung stattfindet, die absolute Mehrheit. Bei Abgrenzung der Wahlbezirke und Verteilung der Abgeordneten auf sie soll neben der Einwohnerzahl und Flächenausdehnung auch die geschäftliche und wirtschaftliche Bedeutung berücksichtigt werden. Im übrigen bleiben die Wahlbezirke und die Verteilung der Abgeordneten im wesentlichen unverändert, da abgesehen von der Bestimmung, daß das Gesetz über die Erweiterung des Wahlkreises Essen und Oberhausen und der zum Sonderkreis Essen gehörige Sonderkreis Breden aufgehoben wird, nur bestimmt wird, dass wenn auf die Abgeordnetensitze eines Wahlbezirks nach der letzten allgemeinen Volkszählung mehr als 250 000 Einwohner entfallen, bei der nächsten allgemeinen Wahl für je weitere volle oder angefangene 25 000 Einwohner ein Abgeordneter hinzuzutritt. Vorläufig erhalten je einen neuen Abgeordneten die Kreise Lestow-Beeskow-Storkow, Charlottenburg, Herford-Schöneberg, Larnow-Weißensee, Attowig-Sindenberg, Plettenburger, Bochum, Gelsenkirchen, Köln, Duisburg-Oberhausen, Stadt Essen, Mühlheim a. d. Ruhr.

Was die Einführung der Verhältniswahl betrifft, so werden zu diesem Zweck folgende Kreise miteinander verbunden:

1. Danzig 3 und 4.
2. Polen 1, 2 und 7.
3. Polen 3 und 4.
4. Polen 5 und 6.
5. Polen 8 und 9.
6. Bromberg 3, 4 und 5.

In diesen Kreisen wird die Abgeordneten auf Grund der Verhältniswahl zu wählen.

Von großer Wichtigkeit ist die Bestimmung, daß die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Verteilung der Abgeordneten auf sie durch Gesetz nur dann geändert werden kann, wenn in jeder der beiden Stammern eine Mehrheit von drei Vierteln vorhanden ist.

Schließlich kommen noch als Übergangsbestimmungen für Kriegsteilnehmer in Betracht:

1. Für die erste Wahl auf Grund des neuen Gesetzes ist der zweijährige Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde oder dem Wahlbezirk nicht Voraussetzung der Berechtigung.
2. Bei den Wahlen, die für die Zusatzstimme vorhanden sind, gilt der Kriegsdienst nicht als Unterbrechung der Tätigkeit, an die die Zusatzstimme geknüpft ist.
3. Für die beiden ersten allgemeinen Wahlen nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes und die bis zu ihrer Erledigung eintretenden Ersatzwahlen erhalten die Kriegsteilnehmer die Zusatzstimme auch dann, wenn die Voraussetzungen bei Beginn ihrer Kriegsteilnahme vorliegen.

Verbandsrat der Schuhmacher.

In Karlsruhe am 28. Delegierten, Bezirksleiter und Verbandsmitgliedern wurde der Verbandsrat heute vormittag zum Verbandsrat der Schuhmacher ernannt. Der Verbandsrat hat die Generalversammlung in Berlin, die der Reichsverband der Schuhmacher am 28. Juni in Berlin abhalten wird, zu vertreten. Als Vorsitzende wurden Simon und Wolf-Dresen bestimmt. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen und Einführung von Kommissionen erstattete Simon den Vorstandsbericht. Er betonte, der Verband habe in den beiden Berichtsjahren eine Fülle von Arbeit geleistet, wie selten in einer Geschäftsperiode. Der aufgegebenen Mühe entsprach aber auch der Erfolg. Der Verbandsrat hat große Arbeit verrichtet. Durch viele Tarifverträge hätten wohl Kollegen in Orten, wo es der Organisation bereits gelungen war, bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen, seine wesentliche Höhepunkterfolge, andere aber eine ganz bedeutende Erhöhung. Die Lohnverträge betrage 10 bis 150 Proz. Der Vorstand glaube, durch die Annahme des Tarifs den Kollegen einen großen Dienst erwiesen zu haben. Der Verband eingeleitete einzelne Bestimmungen der Verträge und ihre Wirksamkeit. Es müßte versucht werden, das Ergebnis auch für den Frieden hochzubilden. Nach Aufstellung des Lehrermögensauslasses der Schuhindustrie — mit dem die Tarife abgeschlossen sind — werde die Organisation alles tun, um die Unternehmer zu zwingen, die Vereinbarungen weiter einzuhalten. Wenn auch erzwungen werden wäre, die Grundzüge höher festzusetzen, könne man doch mit dem Erzielten zufrieden sein.

Der Reichsverband befragt nach die Mitgliederbewegung. Die Zahl der Mitglieder habe sich erfreulicherweise wieder gehoben. Am Ende der Berichtszeit betrug die Mitgliederzahl 17 608. Im ersten Halbjahr 1918 stieg die Zahl um rund 3900 auf 21 534. Davon waren 10 772 männliche und 10 762 weibliche Mitglieder, während Ende 1917 die Zahl der männlichen Mitglieder die der weiblichen um über 2000 überstieg. Im Verhältnis zu der Zahl der Beschäftigten beträgt der Prozentsatz der Organisierten im Durchschnitt 56.

Den Rosenbrüder gab R. n. g. Nürnberg, der die im gedruckten Bericht aufgestellte Abrechnung erläuterte.

Für den Distrikt berichtete Haupt-Verbandsrat. In der Berichtszeit waren nur zwei Beschwerden gegen den Vorstand eingeleitet worden. Bei Revisionen der Hauptliste durch den Aufsicht gab es zu Beanstandungen keinen Anlaß. Hauptziel war, eine Besserung der Gehaltsverhältnisse der Angestellten und eine Festsetzung der Pensionserhältnisse vorzunehmen.

In der Distriktion wurden die Anträge bezüglich der Generalmission ausgefertigt, sie werden besonders behandelt. Die Redner gingen fast nur auf die abgefertigten Reichsarbeiter ein. Es wurde anerkannt, daß sie für einen großen Teil der Vorteile gebracht haben, aber auch betont, die Tarife bringen nicht das, was die Arbeiter haben müßten; die festgesetzten Löhne entsprächen nicht den heutigen Verhältnissen. In einzelnen Orten hätte man durch eine Separatbewegung mehr erreicht, nur sei man auf zwei Jahre gebunden. Der Kampfgeist der Kollegen werde durch den Tarif geschwächt. Bedauert wurde, daß über die Gewährung von Ferien nicht vereinbart, und daß keine Arbeitslosenversicherung erreicht worden ist. Der Reichsverband befragte, ob die besser qualifizierten Arbeiter in Vertretung durch den Tarifvertrag sichergestellt seien als zuvor. Der Reichsarbeiter hätte erreicht, daß die Arbeiter sich mehr als bisher den Organisationsangehörigen anschließen. Simon hebt gegenüber den Distriktsleitern hervor, daß der Tarifvertrag gegenüber den Friedensbüros ganz wesentliche Erhöhungen brachte; der Tarifvertrag bringe durchschnittlich 50 Proz. Die Tariffrage dürfe man nicht von kritischen, sondern müsse man von allgemeinen Gesichtspunkten her betrachten. Die Aussprache wird morgen fortgesetzt.

Sammelt alles Abfallgut!
Nichts ist wertlos!

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsbetrieben, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, am Freitag, dem 12. Sonnabend, dem 13. und Montag, dem 15. Juli 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Kartellgruppen, Gruppenzüge oder Gruppen abzugeben.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 11. Juli 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Freibau-Verkauf.

Zum Freibau-Verkauf am 13. Juli 1918 werden die Inhaber folgender Nummern angehalten:

Um 7 Uhr Nr. 5151—5275, um 9 Uhr Nr. 5401—5525, um 8 Uhr Nr. 5276—5400, um 10 Uhr Nr. 5526—5650.

Halle, den 11. Juli 1918. Der Magistrat.

Halle'scher Hausfrauenbund

Schullehrgang für Anfertigung von Straßenschuhen.

Anmeldungen Große Steinstraße 161 (9—12 u. 3—5 Uhr) und Rathausstraße 17 (10—12 Uhr) wochentäglich, 13191 Mitglieder Ermächtigung.

Bettfedern, Daunen fertige Betten

empfiehlt [1008]

Eduard Graf, Halle

Markt 11.

Kaffegarten Crotha.

Unterhaltungsmusik, Kaffee, Kuchen und Torten. [1997]

Freiburger Bier. Gutsenberger Fruchtwein. Erzeugnis ladet ein. Otto Holmann.

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verlebung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
 Modensetzung / Frauenzeitsung / Praktische Damenmode
 Hausmodezeitsung / Sonntagszeitsung / Deutsche Modensetzung

Wir bitten, bei **unsere Inserenten** berücksichtigen allen Einkäufen zu wollen! ++

Ich praktiziere wieder vom 15. Juni ab.

Dr. Löffler, Reilstraße 28

Sprechstunde: 9—10 Uhr vorm. und 1—2 1/2—3 1/2 Uhr nachm.

Fahrräder
 Nähmaschinen 30 M.
 Großes Lager
gebr. Möbel:
 Sofas, Bettfedern, kompl. Betten, Ventilatoren
 75 M., Kommoden und Kleiderschränke von 60 M. verkauft

R. Sachse
 Hohenmölsen, Lätzer Str. 7.

Fruchtpressen
 3.75, größer 4.50
C. F. Ritter
 Leipziger Str. 90.

Der Wahre Jacob
 Nr. 2
 Preis 15 Pfennig
 Buchhandlung Volksstimme
 Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier
 kauft
 Abh. Bode jun., Große Burgstr. 22.

Stadt-Theater
 Sonnabend, 13. Juli Anfang 7.30 Uhr. Ende 10.30 Uhr
Der Zigeunerbaron
 Operette von Strauss
 Sonntag nachm.: Der Teufelsbesen, abends: Die Raie von Stambul.

Neu, abgeplattete aus 1048 geretochene
Grammophon-Platten
 kauft zu billigsten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig
 Ulfen a. M. Marktw. untere Leipziger Str. Unsere schneidete von 20 bis 9.30 Uhr vorm. und mittags von 11.30 bis 1.30 Uhr.

Spielwaren
 in großer Auswahl zu billigen Preisen [1386] im Kaufhaus
H. Elkan,
 Leipziger Straße 87.

Schuhe und Stiefel
 werden besichtigt und repariert [1300] Burgstraße 68, p. 2.

